

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 74 (2003)
Heft: 4

Artikel: Fachtagung "Lehrabschluss, Diplom oder Master in Sozialer Arbeit" :
Bildungsreformen : Sozialberufe zwischen Geist und Geld
Autor: Binggeli, Ursula
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-804706>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

FACHTAGUNG «LEHRABSCHLUSS, DIPLOM ODER MASTER IN SOZIALER ARBEIT»

Bildungsreformen: Sozialberufe zwischen Geist und Geld

«Es muss Wichtiges zur Debatte stehen, wenn so viele sich dafür zusammentun,» so Brigitte Sattler (Agogis) in der Eingangsmoderation, anschliessend an die Begrüssung durch Markus Brändle-Ströh, Konrektor der Hochschule für Soziale Arbeit Zürich HSSAZ. Mehrere Organisationen hatten auf Initiative der HSSAZ gemeinsam einen Anlass organisiert: die Schule für Sozialbegleitung, die Ausbildungsstätte Agogis, die Sektion Zürich des Schweizerischen Berufsverbands Soziale Arbeit SBS/ASPAS und die HSSAZ.

Damit lebten sie erfolgreich vor, was Artikel 1 des neuen Berufsbildungsgesetzes, kurz nBBG vorsieht: Zur Verwirklichung der Ziele des Gesetzes arbeiten nicht nur Bund, Kantone und die Organisationen der Arbeitswelt zusammen, sondern auch die Organisationen der Arbeitswelt unter einander.

An der Tagung in Zürich-Oerlikon ging es tatsächlich um zentrale Fragen. Wie können die Ausbildungsstätten, die Verbände und die Praxis im Sozialbereich auf die Veränderungen reagieren, welche sich aus der Überführung ihres organisch gewachsenen Berufsfelds in die klar strukturierte Bildungssystematik des Bundes ergeben? Welche Chancen gilt es zu nutzen, welche Schwierigkeiten müssen bewältigt werden?

Sechs Referentinnen und Referenten sowie rund 170 Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer setzten sich in der Folge mit diesen Fragen auseinander – sachlich, engagiert, kritisch, streitend. Frank Salemans, Psychologe aus den Niederlanden, hatte dabei das erste und das letzte Wort: Als erster

Referent zeigte er in seinen Ausführungen zum holländischen Bildungssystem auf, wie fruchtbar Zusammenarbeit sein kann. Und in seiner frühabendlichen Schlussbilanz legte er den Finger auf einen Aspekt, der sich wie ein begleitender Schatten durch die Tagung zog – immer wieder angesprochen, nie näher ausgeführt: Es geht in der ganzen Auseinandersetzung nicht nur um Inhalte, sondern stets auch um Geld.

Frank Salemans: «In unseren Ausbildungen arbeiten ehemalige Gegner zusammen.»

In den Niederlanden studieren rund 45 000 Frauen und Männer an Fachhochschulen im Sozialbereich.

Nicht ganz ein Drittel der Studierenden findet sich im Bereich «Sozialpädagogische Fürsorge», kurz SPH. Angeboten wird SPH von neunzehn Fachhochschulen, unter ihnen die Hoogeschool Zuyd in Maastrich, an der Frank Salemans als Dozent arbeitet.

Zusammen mit drei Kollegen ist er zuständig für die Entwicklung des Lehrplans.

Die Fachhochschulen im Sozialbereich sind Teil eines ganzheitlichen Bildungssystems mit fünf verschiedenen Stufen, die sich, aufeinander aufbauend, durch die zunehmende Komplexität der Inhalte voneinander unterscheiden. Die ersten vier werden von den höheren Fachhochschulen vermittelt, die Studierenden ab 17 Jahren offen stehen, die fünfte von den Fachhochschulen.

Die Ausbildungen an den SPH-Fachhochschulen sind von Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen geprägt. Zum einen arbeiten die Ausbildungsstätten mit den Arbeitgebern ihres Berufsfelds zusammen. Diese haben einen indirekten Einfluss auf die Gestaltung des Lehrplans; die drei im Unterricht vermittelten, in sämtlichen Ausbildungsstätten identischen Kernkompetenzen berücksichtigen ihre Anliegen. Üblich sind zudem den Schulen angegliederte sogenannte Arbeitspraxiskommissionen, in denen sich Vertreter von Praxis und Ausbildung regelmässig treffen. Zum anderen kooperieren die neunzehn SPH-Ausbildungsstätten untereinander: Gemeinsam haben sie für den Unterricht 23 Qualifikationsbausteine erarbeitet, mit welchen die drei oben erwähnten Kernkompetenzen vermittelt werden. 75 Prozent des Lehrplans der einzelnen Schulen sind diesen gemeinsamen Qualifikationen gewidmet; 25 Prozent des Lehrplans bieten Raum für eine fachliche Spezialisierung der Ausbildungsstätten.

Die vielfältige Zusammenarbeit ist das Ergebnis eines langen Prozesses. «Ein wichtiges Merkmal unserer Ausbildungen ist, dass ehemalige Gegner zusammenarbeiten», so Frank Salemans. Heute profitieren die Schulen von der gegenseitigen Kooperation und vom Erfahrungs- und Wissensaustausch. Zudem sind Ausbildung und Beruf für Studierende und Arbeitgeber transparenter geworden.

Petra Wittwer-Bernhard:
«Arbeiten Sie aktiv an der Verordnung zum nBBG mit!»

Als Leiterin des Projekts transition, des «Kernstücks» des Übergangs der Berufe aus den Bereichen Gesundheit, Soziales und Kunst von Kantons- in Bundeskompetenz, setzt sich Petra Wittwer-Bernhard vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT intensiv mit den Schwierigkeiten und Chancen dieser Veränderung auseinander. In stichwortartiger Übersicht präsentierte sie in ihrem Referat die unterschiedlichen Welten, die sich dabei gegenüber stehen. Zahlreiche Aufgaben müssen vom BBT und den Akteuren der betroffenen Berufsfelder gemeinsam bewältigt werden, bis die Integration der sogenannten GSK-Berufe ins BBT-System erreicht sein wird – sie beginnen beim Finden einer gemeinsamen Sprache und dem gegenseitigen Kennenlernen (auch der Organisationen im Sozialbereich untereinander) und enden in harter Knochenarbeit – dem Erarbeiten von Grundlagen sowie der Definition von Ausbildungsstufen mit den jeweiligen Übergängen.

Eine wichtige Rolle spielen dabei Finanzierungsfragen. Mit dem Übergang der GSK-Berufe in Bundeskompetenz sehen sich die betroffenen Ausbildungsstätten mit einem anderen Finanzierungsmodus konfrontiert. Petra Wittwer-Bernhard wies zudem auf die Botschaft Bildung, Forschung

und Technologie hin – diese sieht vor, dass der Bund für die Jahre 2004 bis 2007 in den von ihr genannten Bereichen einen Finanzkuchen in der Höhe von 17 Milliarden Franken verteilt –, sowie auf die entsprechenden Finanzierungen ab 2008, und betonte, wie wichtig die baldige Integration der GSK-Berufe in Bundeskompetenz auch in dieser Hinsicht sei.

Trotz der «Dominanz finanzieller Fragen» ortet Petra Wittwer-Bernhard nach wie vor beträchtlichen Handlungsspielraum für die Organisationen im Sozialbereich. Sie forderte die Anwesenden auf, im Rahmen der kommenden Vernehmlassung aktiv an der Verordnung zum nBBG mitzuarbeiten, und ihre Vorstellungen und Anliegen in diesem Rahmen einzubringen. Die Vernehmlassung läuft ab Mai dieses Jahres und dauert bis im Sommer; ihre Auswertung und das Erarbeiten der definitiven Verordnung sollen in der zweiten Jahreshälfte erfolgen.

Mirjam Aebischer: «Das Ausbildungsniveau der Professionellen der Sozialen Arbeit wird sinken.»

Zu Beginn der Neunzigerjahre sei die Soziale Arbeit vor allem damit beschäftigt gewesen, den Einbezug ihrer Ausbildungen in die neu entstehenden Fachhochschulen zu erreichen, so Mirjam Aebischer, Leiterin der Geschäftsstelle von Integras, Fachverband für Sozial- und Heilpädagogik. Die Auswirkungen des in der gleichen Zeitspanne ausgearbeiteten nBBG auf die Soziale Arbeit seien erst wirklich erkannt worden, als Ausbildner und Arbeitgeber im stationären Bereich zusammen mit dem BBT das Pilotprojekt Soziale Lehre lancierten: Nun existiert neben der Grundausbildung Sozialpädagogik auf Tertiärstufe neu eine thematisch ähnlich gelagerte Grundausbildung auf Sekundarstufe 2.

Ausgehend von dieser Neuerung präsentierte und erläuterte Mirjam Aebischer ihre Sicht der Auswirkungen des nBBG anhand folgender Thesen: Es wird zu einer Hierarchisierung der Professionellen der Sozialen Arbeit kommen. Es wird eine Hierarchisierung der Klientinnen und Klienten geben. Und: Das Ausbildungsniveau in der Sozialen Arbeit wird sinken.

Der grosse Spardruck, der bereits heute auf den Institutionen der Sozialen Arbeit lastet und wohl noch zunehmen wird, werde die Entwicklung verschärfen, meinte Mirjam Aebischer, und untermauerte ihre Prognose mit zwei aktuellen Beispielen. «Unter diesen neuen Vorgaben wird eine Ausbildung auf Sekundarstufe 2 sehr attraktiv, die mit einem Berufsbild operiert, das dem Können einer Sozialpädagogin HFS oder FH sehr nahe kommt.» Wenn der Staat Leistungen kostengünstiger wolle, werde er vermehrt Personal auf tieferem Bildungsniveau fordern, da dieses billiger sei.

Für Mirjam Aebischer setzen die komplexen Aufgaben der Sozialpädagogik eine Ausbildung auf Tertiärstufe voraus. Sie forderte deshalb abschliessend unter anderem eine Ausbildungsoffensive auf Tertiärstufe und eine klare inhaltliche Eingrenzung einer Lehre auf Sekundarstufe 2: Diese müsse sich auf den Rahmen einer «Fachangestellten Hauswirtschaft und Soziales» beschränken.

Barbara Scheffer Zbinden:
«Ich befürworte alle Ausbildungsniveaus – es braucht sie alle.»

Verschiedenheiten im Team sind für Barbara Scheffer Zbinden eine Bereicherung. «Ich befürworte sämtliche Ausbildungsniveaus – es braucht sie alle.» Als Leiterin des Bereichs Wohnheim der Stiftung Balm in Jona SG ist Barbara Scheffer Zbinden

Anwältin jener Frauen und Männer, die sie «Hausfrauen der Nation» nennt: Ihre 164 Mitarbeitenden unterstützen Menschen mit einer geistigen Behinderung in der Bewältigung ihres Alltags. Die beruflichen Hintergründe sind sehr unterschiedlich; dreissig Prozent der Mitarbeitenden haben eine Ausbildung im agogischen oder medizinisch pflegerischen Bereich. Barbara Scheffer Zbinden legte in ihrem Referat dar, wie sie der Hierarchisierung durch verschiedene Ausbildungsniveaus in ihrer Institution wirksam entgegenwirkt.

Gute professionelle Betreuungsarbeit kann, so Barbara Scheffer Zbinden, erst dann verrichtet werden, wenn sie fachlich abgesichert und persönlich reflektiert, wenn sie dokumentiert und evaluiert werde. «Alle Mitarbeitenden müssen an diesen Schritten beteiligt sein. In der Aufgabendifferenzierung liegen die Möglichkeiten für die verschiedenen Ausbildungen, Verantwortung zu übernehmen.» In diesem Modell wird auch der kleinsten alltäglichen Verrichtung Wert-schätzung entgegengebracht: Das Trainieren von Zähneputzen ist gleichwertig mit dem Führen eines Sitzungsprotokolls - wobei Gleichwertigkeit nicht mit Gleichheit verwechselt werden darf.

Die Integration verschiedener Ausbildungs- und Erfahrungshintergründe in ein gemeinsames Handlungsmodell ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Deshalb absolvieren Gruppenleiterinnen und -leiter im Wohnheim der Stiftung Balm eine gute Führungsausbildung. Ein transparenter Umgang mit Verschiedenheit und Gleichwertigkeit, eine gute Gesprächskultur, stete Weiterbildung aller Mitarbeitenden und die Aufwertung des Erfahrungswissens im Team sind weitere Voraussetzungen für das Gelingen.

Simon Bridger: «Es ist erforderlich, dass die Verbände zusammenarbeiten.»

Wieviel Bildung brauchen wir, und wer benötigt sie? Diese Frage stellte Simon Bridger, Geschäftsführer INSOS, seinem Referat voran. Als Vertreter der Arbeitgeberseite – INSOS ist der Zusammenschluss der Institutionen im Behindertenbereich – steht Simon Bridger der Bildungsreform positiv gegenüber. In der Vergangenheit habe jeder Verband einzeln versucht, den Bedarf an Bildung zu definieren und entsprechende Ausbildungen zu finden oder zu entwickeln. Das ändere sich nun. Im Rahmen des Projekts «transition» seien die Organisationen der Arbeitswelt erstmals zusammengekommen.

Auf die Verbände kommt im Zusammenhang mit der Bildungsreform viel Arbeit zu. Simon Bridger listete die zahlreichen an sie gestellten Erwartungen wie folgt auf: Die Mitwirkung bei Inhalten und Reglementen sowie die Koordinierung der Finanzierung stehen im Vordergrund. Auf Sekundarstufe 2 sind zwei Themen zusätzlich aktuell: Lehrplätze in Lehrbetrieben und Mitwirkung bei der Lehrabschlussprüfung. Auf Tertiärstufe lauten die wichtigen Stichworte: Ausbildungsplätze, Ausbildungsanbieter, Koordination mit anderen Ausbildungsanbietern. Im Bereich der Fort- und Weiterbildung steht unter anderem die Definierung des Bedarfs an. Hinzu kommen verschiedene weitere, stufenübergreifende Themenkreise, die geklärt werden müssen. Simon Bridger: «Es ist erforderlich, dass die Verbände zusammenarbeiten, damit sie gegenüber Bund und Kantonen genügend Gewicht haben und ihre Bedürfnisse durchsetzen können.»

Als Verbände mit Arbeitgeberidentität gelten neben INSOS der Verband Heime und Institutionen Schweiz

CURAVIVA, die Spitex, Fradipa (Fédération romande des associations d'institutions pour personnes âgées), Integras, Schweizerischer Krippenverband, SKOS und SoDK. Diese, so Simon Bridger, seien heute miteinander daran, innerhalb von «transition» ein Projekt «zur langfristigen Sicherung der Organisationen der Arbeitswelt im Sozialbereich» zu konzipieren. Noch nicht definiert sei in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden im Sozialbereich.

Isabelle Bohrer: «Ein Gleichgewicht finden zwischen Eigeninteressen und den Interessen des Ganzen.»

Eine abschliessende Auslegeordnung präsentierte Isabelle Bohrer, Verantwortliche Dossier Bildungspolitik des Schweizerischen Berufsverbands Soziale Arbeit SBS/ASPAS. Sie fasste nochmals zusammen. Die Bildungsreform in den Sozialberufen beinhaltet verschiedene, zum Teil parallel laufende Entwicklungen, die letztlich alle auf eine erhöhte Anerkennung des Berufsfeldes hinzielen: Die Anerkennung der höheren Fachschulen, die Einrichtung von Fachhochschulen, das Entstehen neuer Ausbildungen auf Sekundarstufe 2, die Gründung neuer Berufsverbände, die Integration der GSK-Berufe in Bundeskompetenz sowie die Anpassung der Fachhochschulstudiengänge an die Inhalte der Deklaration von Bologna.

Die Chancen dieses umfangreichen Bündels von Reformen liegen, so Isabelle Bohrer, in einem weiteren Professionalisierungsschub, indem Berufstätige ohne Ausbildung die Möglichkeit erhalten, sich zu qualifizieren. Für die Praxis biete die Zusammenarbeit von Fachleuten mit Ausbildungen auf unterschiedlichen Stufen zudem die Möglichkeit einer positiven «Interdisziplinarität». Das

grösste Risiko ortete Isabelle Bohrer wie Vorrednerin Mirjam Aebischer in einem «schleichenden Ersetzen der Professionellen mit Tertiärer Ausbildung durch billigere Arbeitskräfte» – einer Entwicklung, die zum Nachteil der Klientinnen und Klienten wäre. Denn SBS/ASPAS ist nach wie vor der Meinung, dass die anspruchsvolle Arbeit der Unterstützung, Beratung und Begleitung von Menschen in Problemsituationen auf tertiärer Stufe gelernt werden muss.

Das Definieren der Anforderungsprofile für die einzelnen Berufe, der Kompetenzniveaus, der Entlohnungen dürfe auf keinen Fall dem von knappen Ressourcen geprägten Markt überlassen werden. Isabelle Bohrer: «Es ist Aufgabe der Partner im Sozialbereich, die Kompetenzen und Aufgaben der Berufsleute zu definieren.» Die grosse Herausforderung werde darin bestehen, ein Gleichgewicht zu finden zwischen den Eigeninteressen der Organisationen und den Interessen der Branche als Ganzes.

Diskussionsforen und Podiumsgespräch: «Wir dürfen einander nicht blockieren, sondern müssen zusammenspannen.»

Auf die Referate folgte die Diskussion – in verschiedenen Gesprächsforen und im die Tagung abschliessenden, von der Sozialpädagogin Susanna Rusca Speck (Schule für Sozialbegleitung) geleiteten Podiumsgespräch. Während die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in den Foren immer wieder Offenheit für die Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen anderer Ausbildungen und Ausbildungsstufen signalisierten und dem Wunsch nach einem gemeinsamen Vorgehen auf Verbandsebene Ausdruck gaben – «Wir dürfen einander nicht blockieren, sondern müssen zusammenspannen!» – kam es im Podiumsgespräch zu einer

spannungsgeladenen Diskussion zwischen Charles Suter (HSSAZ), Annemarie Gehring (Agogis) und Jan Schmuck (Schule für Sozialbegleitung).

Ein wichtiger Grund für die Spannungen dürfte in den Unsicherheiten liegen, von denen die aktuelle Situation geprägt ist. Wie und wo sollen die Ausbildungen in Zukunft aufeinander aufbauen? Wie und wo sollen sie sich voneinander abgrenzen? Petra Wittwer-Bernhard vom BBT betonte nochmals, dass es Aufgabe der Verbände und Ausbildungsstätten ist, im Hinblick auf die anstehenden Klärungen Inhalte zu liefern.

Auch Befürchtungen stehen im Raum: Wo beispielsweise bleiben die Fachhochschulen angesichts der «Professionalisierung von unten»? Wird die von ihnen angebotene klassische Grund-

ausbildung in die akademische Ecke gedrängt und zur Ausbildungsstätte für unteres Kader verkommen, wie Charles Suter es formulierte? Und nicht zuletzt: Wird es zu einem Gerangel um Praxisausbildungsplätze kommen angesichts der zunehmenden Zahl von Ausbildungen? Die Diskussion muss weitergehen – auch am Arbeitsplatz, in den Institutionen.

Das letzte Wort an der Tagung hatte, wie eingangs erwähnt, Frank Salemans aus den Niederlanden. Er schloss die Veranstaltung mit einem engagierten Plädoyer für Zusammenarbeit, «auch wenn sie immer etwas bedrohlich ist». Und stellte gleichzeitig klar, dass Zusammenarbeit «nicht nur eine Chance für alle Beteiligten ist, sondern eine gemeinsame Aufgabe.»

Ursula Binggeli

Vontobel-Preis des Zentrums für Gerontologie (Altersforschung) an der Universität Zürich

Das Zentrum für Gerontologie der Universität Zürich verleiht jährlich anlässlich des Zürcher Gerontologietages oder im Rahmen des Zürcher Alterssymposiums den von der Familien-Vontobel-Stiftung dotierten Preis für Altersforschung an der Universität Zürich.

Grundsätzlich können alle an Schweizer Hochschulen, inklusive Fachhochschulen, eingeschriebenen Studierenden und Assistierenden sich am Preisausschreiben beteiligen, sofern ihre Arbeit abgeschlossen und angenommen worden ist. Gaststudierende und in der Schweiz tätige Forscher und Forscherinnen können ebenfalls mit ihren Arbeiten am Preisausschreiben teilnehmen.

Termin zum Einreichen der Arbeiten: 31. Juli 2003

Information

Detaillierte Teilnahmebedingungen und Leitfaden zur Einreichung von Forschungsarbeiten:
Zentrum für Gerontologie der Universität Zürich
Sekretariat, Frau Doris Riedel,
Schaffhauserstrasse 15, 8006 Zürich,
Tel.: 01 635 34 20 oder auf unserer
Homepage: <http://www.zfg.unizh.ch>